

Antrag

der Abg. Christiane Staab u. a. CDU

Schutz von Amts- und Mandatsträgern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Fallzahlen von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger seit Einrichtung der Zentralen Anlaufstelle für Amts- und Mandatsträger (ZAMAT) im Jahr 2019 entwickelt haben (mit der Bitte um Angabe der Fallzahlen pro Jahr);
2. wie häufig die ZAMAT seit ihrer Einrichtung im Jahr 2019 von Amts- und Mandatsträgern in Anspruch genommen wurde (mit der Bitte um Angabe der Zahlen/Anrufe pro Jahr);
3. welche Qualifikationen die konkreten Ansprechpartner, an die sich Amts- und Mandatsträger über die rund um die Uhr zur Verfügung stehende zentrale Rufnummer wenden können, haben;
4. mit welchen Maßnahmen, in welchem Umfang und welchem zeitlichen Rahmen bedrohte Amts- und Mandatsträger in der Praxis ganz konkret geschützt und unterstützt werden;
5. welche Erfahrungswerte es hinsichtlich der Reaktionszeiten nach der Entgegennahme des Anrufs von (bedrohten) Amts- und Mandatsträgern gibt;
6. ob es Rückmeldungen von Amts- und Mandatsträgern gibt, dass die getroffenen Maßnahmen (persönlich und für deren Familien) nicht ausreichend waren oder sind, um deren Schutz sicherzustellen, und wenn ja, wie in solchen Fällen weiter verfahren wird;
7. ob sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung ebenfalls an die ZAMAT wenden können oder ob es zum Schutz derer eine eigene Anlaufstelle gibt und falls nein, warum nicht.

22.4.2024

Staab, Gehring, Bückner, Hockenberger, Huber, Mayr, Dr. Miller CDU

Begründung

Die zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger hat eine „Schlüsselfunktion bei der Bekämpfung von Straftaten gegen die Funktionsträgerinnen und -träger unseres demokratischen Systems“. Dieser Antrag soll klären, inwieweit diese Stelle Amts- und Mandatsträgern ganz konkret in einem Bedrohungsfall helfen kann.